

**Bedingungen
der
Nachrangige Bank Austria Reverse Floater Obligation 2001 – 2016/P13**

**ISI-Nummer AT0000539531
der**

BANK AUSTRIA AKTIENGESELLSCHAFT

§ 1 Gesamtnominale, Stückelung, Sammelverwahrung

- (1) Die Nachrangige Bank Austria Reverse Floater Obligation 2001 – 2016/P13 (nachstehend „Obligationen“ genannt) wird im Wege einer Privatplazierung in einem Gesamtnennbetrag von EURO 5.000.000,- begeben.
- (2) Der Gesamtnennbetrag ist unterteilt in Obligationen von je Nominale EURO 100.000,-- und mit den Nummern 1 bis 50 eingeteilt.
- (3) Die Obligationen werden zur Gänze durch eine Sammelurkunde gemäß § 24 lit.b Depotgesetz, BGBl. Nr.650/1987 vertreten, die die Unterschriften entweder von zwei Vorstandsmitgliedern oder einem Vorstandsmitglied und einem Prokuristen oder von zwei Prokuristen der Bank Austria Aktiengesellschaft (im folgenden "Bank Austria" genannt) tragen. Ein Anspruch auf Ausfolgung von Obligationen besteht nicht.

§ 2 Nachrangigkeit

- (1) Die Forderungen aus diesen nachrangigen Obligationen sind gemäß § 23 Abs. (8) Bankwesengesetz so vereinbart, dass das eingezahlte Kapital im Liquidations- oder Konkursfall der Bank Austria erst nach den Forderungen der anderen nicht nachrangigen Gläubiger befriedigt wird (Nachrangigkeitsklausel).
- (2) Eine Änderung der Vereinbarung betreffend die Nachrangigkeit ist unzulässig.

§ 3 Laufzeit

Die Laufzeit beginnt am 6. Dezember 2001 und endet mit Ablauf des 5. Dezember 2016.

§ 4 Verzinsung

Die Obligationen werden wie folgt verzinst:

- (1) Der Zinssatz beträgt 7,00 % p.a. für den Zeitraum vom 6. Dezember 2001 bis zum 5. Dezember 2006.
- (2) Für den Zeitraum vom 6. Dezember 2006 bis 5. Dezember 2016 werden die Zinssätze jeweils zwei Geschäftstage vor Beginn der betreffenden Zinsperiode ("Zinsfestsetzungstag") wie folgt fixiert: Der per annum Zinssatz ist das jeweilige Ergebnis von 9,90 abzüglich dem am Zinsfestsetzungstag um ca 11 Uhr Brüsseler Zeit auf der Reuters-Seite "EURIBOR01" quotierten 12-Monats-Euribor-Satz, Basis ganzjährig, multipliziert mit 365,25/360, ausgedrückt in Prozent. Die Mindestverzinsung beträgt 0,00 % p.a.

- (3) Die Zinsen werden jährlich im nachhinein, jeweils am 6. Dezember eines jeden Jahres, erstmals am 6. Dezember 2002, letztmals am 6. Dezember 2016, fällig und ausbezahlt (jeweils "Fälligkeitstermine"). Die Berechnung der Zinsen erfolgt auf Basis 30/360.
- (4) Fällt einer der obengenannten Fälligkeitstermine auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, so erfolgt die Zinsenzahlung am darauf folgenden Geschäftstag.
- (5) Sollte am Zinsfestsetzungstag der 12-Monats-Euribor auf Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht feststellbar sein, so wird der Zinssatz aus dem arithmetischen Mittel jener Sätze festgesetzt, welche von fünf führenden Banken der Euro Zone (die Referenzbanken) am Zinsfestsetzungstag um ca. 11 Uhr Brüsseler Zeit als 12-Monats-Euribor-Satz, Basis ganzjährig, multipliziert mit 365,25/360, genannt werden. Sollten am Zinsfestsetzungstag weniger als fünf, aber mehr als eine der Referenzbanken Zinssätze zur Berechnung des festzusetzenden Zinssatzes angeben, so gelten die von diesen Banken genannten Sätze als Berechnungsgrundlage. Sollte am Zinsfestsetzungstag nur eine oder keine der Referenzbanken Zinssätze zur Berechnung des festzusetzenden Zinssatzes angeben, so wird die Bank Austria einen entsprechenden Zinssatz festlegen.
- (6) Sollte es in Zukunft zu einer Veröffentlichung der Reuters-Seite „EURIBOR01“ in vorstehend beschriebenen Sinne an anderer Stelle oder in anderer Form kommen, ist diese neue Veröffentlichung für die Zinssatzanpassung heranzuziehen. Sollte zukünftig die Veröffentlichung der Reuters-Seite „EURIBOR01“ in der in diesen Bedingungen zugrunde gelegten Form unterbleiben, wird die Bank Austria die zukünftige Zinssatzanpassung anhand von Indikatoren vornehmen, die wirtschaftlich den jetzt vereinbarten Indikatoren so nahe als möglich kommen.
- (7) Die Bekanntmachung der Zinssätze der Obligationen erfolgt entweder mittels eingeschriebenen Briefes oder Telefaxschreibens an die uns bekanntgegebene Adresse / Telefaxnummer bzw. an die im Firmenbuch aufscheinende Firmenbuchanschrift des Gläubigers oder durch Veröffentlichung gemäß §11 dieser Bedingungen. Es steht der Bank Austria frei, welche Art der Bekanntmachung der Zinssätze vorgenommen wird. Der Gläubiger hat der Bank Austria Änderungen seiner Adresse oder Telefaxnummer unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 5 Tilgung

Die Tilgung erfolgt seitens der Bank Austria spätestens am 6. Dezember 2016 zum Tilgungskurs von 100,00% unter Berücksichtigung des § 2 dieser Bedingungen. Fällt das Tilgungsdatum auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, so erfolgt die Tilgung am darauf folgenden Geschäftstag.

§ 6 Haftung

- (1) Die Bank Austria haftet unter Ausschluss der für fundierte Teilschuldverschreibungen und für Mündelgelder jeweils als Deckungsstock bestehenden Aktiva für den Dienst dieser Obligationen mit ihrem gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Vermögen.
- (2) Die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten, welche aus der formwechselnden Umwandlung der Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse in eine Privatstiftung entstanden ist, haftet unter Berücksichtigung von § 2 dieser Bedingungen gemäß § 92 Abs. (9) BWG in Verbindung mit § 27b Sparkassengesetz mit ihrem gesamten Vermögen für alle gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Bank Austria im Falle von deren Zahlungsunfähigkeit. Nach § 2 Abs. (1) in Verbindung mit § 2 Abs. (2a) des Sparkassengesetzes haftet die Stadt Wien als Ausfallsbürge gemäß § 1356 ABGB im Wege über die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten für alle Verbindlichkeiten der Bank Austria, die bis zum 31.12.2001 entstanden sind.

§ 7 Ausschluss der Aufrechnungsmöglichkeit

Die Aufrechnung des Anspruches auf Rückzahlung gegen Forderungen der Bank Austria ist ausgeschlossen. Dies gilt auch im Falle der Liquidation oder des Konkurses.

§ 8 Kündigung

Die Obligationen sind sowohl seitens der Inhaber der Obligationen als auch seitens der Bank Austria unkündbar.

§ 9 Verjährung

Ansprüche aus fälligen Zinsen verjähren nach drei Jahren ab Fälligkeit, aus fälligen Obligationen dreißig Jahre nach Eintritt der Fälligkeit.

§ 10 Hinterlegung bei Gericht

Die Bank Austria kann fällige, aber nicht behobene Beträge auf Gefahr und Kosten der Inhaber der Obligationen mit schuldbefreiender Wirkung bei dem für die Bank Austria zuständigen Gericht hinterlegen, auch wenn sich die Inhaber der Obligationen nicht in Annahmeverzug befinden. Bei der Hinterlegung verlieren die Berechtigten jeden Anspruch aus den Obligationen gegen die Bank Austria.

§ 11 Bekanntmachungen

Alle Bekanntmachungen über die Obligationen werden im "Amtsblatt zur Wiener Zeitung" veröffentlicht. Sollte diese Zeitung ihr Erscheinen einstellen oder nicht mehr Organ für amtliche Bekanntmachungen sein, so tritt an die Stelle der Wiener Zeitung das dann für amtliche Bekanntmachungen dienende Medium. Sollte darüber hinaus zukünftig die Möglichkeit bestehen, amtliche Bekanntmachungen auch in anderen Medien vornehmen zu können, so kann von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Gläubiger bedarf es nicht. Zur Rechtswirksamkeit genügt in allen Fällen die Bekanntmachung nach den obigen Bestimmungen.

§ 12 Zahlungen

Die Zahlungen erfolgen in EURO.

§ 13 Zahlstellen

Zahlstelle ist die Bank Austria und deren Filialen. Die Gutschrift der Zinsen- und Tilgungszahlungen erfolgt durch die für den Inhaber der Obligationen jeweils depotführende Stelle.

§ 14 Gerichtsstand

Für sämtliche Rechtsverhältnisse aus der Begebung dieser Obligationen gilt österreichisches Recht. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.

§ 15 Rückkauf

Die Bank Austria ist berechtigt, Teilobligationen während der gesamten Laufzeit im Markt oder auf sonstige Weise auch zu Tilgungszwecken zurückzukaufen.

§ 16 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Bedingungen bedeutet:

"Geschäftstag" ist jeder Tag, an dem das Trans European Automated Real Time Gross Settlement Express Transfer (TARGET) System geöffnet ist.

§ 17 Börseneinführung

Der Handel der Obligationen im Dritten Markt an der Wiener Börse wird beantragt.

§ 18 Sonstiges

Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen, aus welchem Grund auch immer, unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Bedingungen nicht berührt. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung wird durch eine solche ersetzt, die dem in diesen Bedingungen zum Ausdruck kommenden Willen am nächsten kommt.

Wien, im Dezember 2001